

DER MAGISTRAT

Frankfurt am Main, 15.03.2024

Dezernat: I - Hauptverwaltung und Sport -

Eingang Amt 01: 18.03.24,11:15 Uhr

**Vortrag des Magistrats
an die Stadtverordnetenversammlung**

M 30

PW
K
H

Anhörung Ortsbeirat 1

Betreff

Planung „Haus der Demokratie“
hier: Grundsatzbeschluss

Vorgang

Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom § (M)

Vertraulich: ☐ ja ☒ nein

Anlage(n):

Begründung der Vertraulichkeit:

Vortrag

- ☒ Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, in öffentlicher Sitzung zu beschließen:
- ☐ Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, in nichtöffentlicher Sitzung zu beschließen:

1. Es dient zur Kenntnis, dass die Stadt Frankfurt am Main, das Land Hessen und die Bundesrepublik Deutschland sich zur Aufgabe gemacht haben, den Demokratieort Paulskirche zu stärken und weiterzuentwickeln. Das unter Denkmalschutz stehende Nachkriegsgebäude soll dabei behutsam saniert und um ein „Haus der Demokratie“ ergänzt werden – als Lern-, Gedenk-, und Erlebnisort mit Wirkung weit über Frankfurt hinaus.
Die Paulskirche wurde zur Hundertjahrfeier des ersten deutschen Parlaments am 18. Mai 1948 als „Haus aller Deutschen“ wiedereröffnet und ging mit ihrer noblen Nachkriegsarchitektur als nationales Denkmal der deutschen Demokratie und ihrer Brüche dem Grundgesetz programmatisch voraus. Die Paulskirche ist seitdem zum Beispiel als Ort der Verleihung des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels und des Goethepreises der Stadt Frankfurt am Main Ausgangspunkt großer gesellschaftlicher Debatten, die das geistige Leben der Bundesrepublik grundlegend beeinflusst hat.
2. Es dient zur Kenntnis, dass der Magistrat in Ausführung des Beschlusses der Stadtverordnetenversammlung vom 07.11.2019, § 4797 (NR 1022) in konzeptioneller Hinsicht die Vorbereitungen zur Planung eines „Hauses der Demokratie“ abgeschlossen hat. Die durch den

Magistrat beauftragte Empfehlung der Expert:innenkommission Paulskirche sowie die Konzeptstudie der Hessischen Friedens- und Konfliktforschung (HSFK) zeigen, dass die Realisierung eines „Hauses der Demokratie“ in unmittelbarer Nähe zur Paulskirche sinnvoll und möglich ist.

3. Der Magistrat wird beauftragt ein „Haus der Demokratie“ in einer konzeptionellen und räumlichen Einheit mit der Paulskirche zu planen und zu realisieren.

Im selben Zug soll die Paulskirche auf Basis der Konzeption der Planungsgemeinschaft Paulskirche unter Rudolf Schwarz saniert und modernisiert werden. Dabei sollen die seinerzeit gewählte Ausstattung und Erscheinungsform respektiert und von einer historisierenden Sanierung abgesehen werden. Maßgeblich für den Magistrat ist der zugrundeliegende Stadtverordnetenbeschluss vom 07.11.2019, § 4797 (NR 1022) sowie die Einschätzung des städtischen Denkmalamtes und der Landesdenkmalbehörde. Es ist gleichsam zu prüfen, in wie weit die Paulskirche für flexiblere Nutzungen im Zuge von Veranstaltungen und Vermittlungsangeboten geöffnet werden kann. Die historische Bedeutung der Paulskirche ist in zeitgemäßen und zielgruppengerechten Ausstellungsformaten am Ort stärker erlebbar zu machen.

4. Es dient zur Kenntnis, dass nachdem zwischenzeitlich Gespräche mit dem Bund und dem Land Hessen geführt wurden, ein Konzept für ein zukünftiges Trägermodell und den Betrieb des „Hauses der Demokratie“ erarbeitet wird und dabei der Bund und das Land Hessen für eine Beteiligung zu gewonnen werden sollen. Auf Basis des Stadtverordnetenbeschlusses vom 10.12.2020, § 6814 (NR 1309) soll Träger des „Hauses der Demokratie“ eine Stiftung der Stadt Frankfurt am Main, der Bundesrepublik Deutschland und des Landes Hessen sein. Dieses Modell und alternative Trägermodelle sind zu prüfen.
5. Der Magistrat wird beauftragt für die Ausarbeitung des inhaltlichen Konzeptes und der Museografie, die Begleitung des Planungsprozesses sowie den zukünftigen Betrieb des „Hauses der Demokratie“ einen unabhängigen wissenschaftlichen Fachbeirat sowie ein Kuratorium, welche in Kooperation mit dem Bund und dem Land Hessen getragen werden, zu gründen. Für das „Haus der Demokratie“ soll ein präzises und baulich umsetzbares Nutzungskonzept und Raumprogramm auf Grundlage der diesbezüglichen Empfehlung der Expert:innenkommission erstellt und weiterentwickelt werden, unter Einbeziehung der Anforderungen, der zu sanierenden Paulskirche als herausragendem Veranstaltungsort.
6. Der Magistrat wird weiterhin beauftragt das Untersuchungsgebiet für ein „Haus der Demokratie“ in engem räumlichen (baulichen und funktionalen) Zusammenhang mit der Paulskirche zu definieren. Dabei kommen sowohl Neubauten, als auch Bestandsgebäude, Teile von Bestandsgebäuden und Umbauten in Frage; außerdem die Einbeziehung von (umzugestaltenden) Frei- und Straßenräumen. Das „Haus der Demokratie“ kann dabei auch als ein Ensemble mehrerer Teile im Zusammenspiel mit der Paulskirche verstanden werden. Hier sind die Bereiche zwischen Kornmarkt, Berliner Straße, Neuer Kräme, Braubachstraße und Sandgasse zu betrachten. Teil des Untersuchungsgebiets sind insbesondere auch der Nordbau des Rathauses (Paulsplatz 9; heute Kämmerei) sowie die nördlich davon gelegene Freifläche und der Ratskeller sowie Römerkeller und die Freiräume nördlich des Kämmereigebäudes und der Paulskirche an der Berliner Straße. Dabei ist der bestehende Denkmalschutz zu berücksichtigen.

Für die zukünftige Nutzung des „Hauses der Demokratie“ soll die partielle oder temporäre Einbeziehung vorhandener Veranstaltungsräume, Infrastrukturen und Gebäude im nahen Umfeld geprüft werden; wie beispielsweise Räume im Römer, das Stadthaus am Markt, die Evangelische Akademie, das Haus am Dom, das Historische Museum Frankfurt. Diese können gegebenenfalls über einen „Kalender“ Teil des Nutzungskonzeptes sein.

7. Das Innenstadtkonzept (Stadtverordnetenbeschluss vom 16.07.2015, § 6130 (NR 1216)) ist bei den Planungen für das „Haus der Demokratie“ zu berücksichtigen und zu dessen Umsetzung beizutragen. Hierzu gehört insbesondere die als vorrangig benannte Maßnahme „Aufwertung des Umfelds der Paulskirche: Für den Bereich Rathaus Nordbau (Kämmerei) und Umfeld soll ein Wettbewerb ausgelobt werden mit dem Ziel der Ansiedlung publikumsinten-

siver Nutzungen im Erdgeschoss der Kämmerei.“ (Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 16.07.2015, § 6130 (NR 1216) Außerdem wird das „Haus der Demokratie“ zu einer Stärkung der „Kulturmeile Braubachstraße“ einen wichtigen Beitrag leisten. Im Sinn des „Gestaltungsplans öffentlichen Raum“ des Innenstadtkonzeptes wird das Projekt dazu beitragen, den gesamten Freiraum rund um die Paulskirche zu entwickeln. Außerdem sind die Freiräume innerhalb der Gebietskulisse besser nutzbar und ökologisch im Sinne des Aufenthalts, der Kommunikation und der gelebten Demokratie sowie der Klimaanpassung zu gestalten.

Die Anbindung der Paulskirche und des „Hauses der Demokratie“ an die umliegenden Quartiere insbesondere für den Fußverkehr sollen verbessert werden. Das betrifft z.B. die Querungsmöglichkeiten der Berliner Straße, die Durchwegung der Außenmöblierung der Gastronomie an der Neuen Kräme und die Querung der Braubachstraße im Bereich des Südeingangs der Paulskirche. Hierfür ist u. a. eine andere Organisation der wartenden Reisebusse an der Berliner Straße notwendig, zumal diese derzeit die Sicht auf die Paulskirche von Norden versperren. Die im „Gestaltungsplan Öffentlicher Raum“ des Innenstadtkonzeptes enthaltene Querungsmöglichkeit der Berliner Straße - im Bereich der Sandgasse im Zuge der Fußverbindung über den Stoltzeplatz zur Hauptwache - sollte in diesem Zusammenhang umgesetzt werden.

8. Der Magistrat wird beauftragt ein Konzept für Bürger:innenbeteiligung unter Einbeziehung von Initiativen und besonders relevante Zielgruppen zu entwickeln. Dabei soll eine breite Beteiligung unter Berücksichtigung von Diversität, Antidiskriminierung und gesellschaftlichem Zusammenhalt angestrebt werden. Die Bürger:innenbeteiligung soll den Planungsprozess des „Hauses der Demokratie“ in allen Phasen begleiten und deren Ansinnen berücksichtigt werden. Des Weiteren wird in Vorbereitung auf den Betrieb des „Hauses der Demokratie“ ein Bürger:innenbeteiligungsprozess unter Einbeziehung von Expert:innen aus dem Bereich der historisch-politischen Bildung als Grundlage für die Erstellung eines inhaltlichen Konzeptes für das „Haus der Demokratie“ organisiert. Darüber hinaus werden auch jugendpädagogische Expert:innen und Jugendvertreter:innen wie zum Beispiel der Frankfurter Jugendring in die Erarbeitung des inhaltlichen Konzepts eingebunden. Ein Bericht über die Ergebnisse der Bürger:innenbeteiligung wird veröffentlicht.
9. Der Magistrat wird beauftragt auf Grundlage der vorgenannten Beschlusspunkte in 2024 einen offenen städtebaulichen und freiraumplanerischen Ideenwettbewerb zur Klärung der Grundlagen der Planungsaufgabe auszuloben und durchzuführen. Das Ergebnis dieses offenen Wettbewerbs ist Grundlage für einen breit angelegten Beteiligungsprozess und die Konkretisierung der Planungsaufgabe.
10. Es dient zur Kenntnis, dass das Bauplanungsrecht nach § 34 BauGB in Verbindung mit dem gültigen Fluchtlinienplan eine Entwicklung des „Hauses der Demokratie“ grundsätzlich zulässt.
11. Es dient zur Kenntnis, dass der Magistrat davon ausgeht, dass für die Durchführung des Ideenwettbewerbs und der Bürger:innenbeteiligung Kosten in Höhe von 500 T€ anfallen werden.
12. Es dient zur Kenntnis, dass der Bund und das Land Hessen in Aussicht gestellt haben, sich an den Kosten der Realisierung des Hauses der Demokratie sowie der zukünftigen Trägerschaft zu beteiligen.
13. Es dient zur Kenntnis, dass die Realisierung der Baumaßnahme einen zweiten Wettbewerb (Realisierungswettbewerb) erfordert. Für die Realisierung sind im Haushaltsentwurf 2024/2025 Planungsmittel in Höhe von 500 T€, Produktgruppe 30.01 „Leitung der Stadtverwaltung“, Projektdefinition 5.010881 „Haus der Demokratie – Planungsmittel“ vorgesehen, die mittels einer separaten Vorlage freigegeben werden.

14. Für die Durchführung des Ideenwettbewerbs zur Klärung der Grundlagen der Planungsaufgabe und der Bürger:innenbeteiligung sind zum Endausdruck des Haushalts 2024/2025 im Planjahr 2024 Mittel in Höhe von 500 T€ in der Produktgruppe 30.01 „Leitung der Stadtverwaltung“, Gruppierung 60, 61, 67-69 „Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen“ einzustellen.

BEGRÜNDUNG

A. Zielsetzung

Zu 1)

Die Expert:innenkommission Paulskirche hat das Ziel des „Hauses der Demokratie“ wie folgt definiert: „Das Ziel des „Hauses der Demokratie“ ist die Stärkung und weitere Profilierung des einzigartigen historischen Ortes Paulskirche. Von hier aus soll die Reflexion über Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft der Demokratie ermöglicht werden, die mit der Geschichte von Nationalversammlung und 1848er-Revolution verbunden ist und zugleich aktuelle, neue Auseinandersetzungen eröffnet. Demokratie wird verstanden als politisch-institutionelle Ordnung, als Lebensform und als Versprechen. In diesem Sinne sollen die Besucher:innen in der Paulskirche und im „Haus der Demokratie“ zur historisch-kritischen Beschäftigung mit der Geschichte angeregt und politische Teilhabe gestärkt werden. Zu vermitteln sind neben der Geschichte der deutschen Demokratie und des Parlamentarismus, der sich 1848/49 in der Paulskirche auf nationaler Ebene erstmals – wenn auch nur für kurze Zeit – entfaltet hat, insbesondere die Bedeutung der Grundrechte, der Presse- und Meinungsfreiheit, des Mehrheitsprinzips und des Schutzes von Minderheiten. Zudem sollen die Ereignisse der Nationalversammlung im Kontext der europäischen und internationalen Geschichte betrachtet werden. Zugleich soll am historischen Ort der Nationalversammlung auch das Nachdenken und den Austausch über Widersprüche und Krisenerscheinungen der Demokratie sowie über Fragen einer sich verändernden, pluralen und diversen Öffentlichkeit ermöglicht werden.

Mit dem „Haus der Demokratie“ soll in direkter Verbindung zur Paulskirche ein neuer Ort für Diskussionen und Partizipation im Zentrum Frankfurts entstehen. Dafür ist ein Gebäude in unmittelbarer Nähe zur Paulskirche unabdingbar. Es empfiehlt sich eine offene, einladende Einbindung des „Hauses der Demokratie“ in den öffentlichen Raum.“ (Quelle: Empfehlung Expert:innenkommission, 2023)

Zu 2)

Die Expert:innenkommission Paulskirche beschreibt den Ort der Paulskirche wie folgt: „Die Paulskirche in Frankfurt am Main ist ein für die Demokratie und Demokratiegeschichte einzigartiger Ort. 1848/49 versammelten sich hier durch Wahlen bestimmte Vertreter des Volkes, um über die freiheitliche Ordnung eines neu zu gründenden Nationalstaates zu verhandeln. Die Handelsmetropole Frankfurt am Main, seit 1815 Sitz der Bundesversammlung, zuvor jahrhundertlang Wahl- und Krönungsort römisch-deutscher Könige und Kaiser, entwickelte sich zu einem entscheidenden Schauplatz der europäischen Revolution von 1848.

Das Jahr 1948 schließlich markiert den Augenblick des Wiederaufbaus nach dem Ende der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft. Zum 100. Jahrestag der 1848er-Revolution wurde das Gebäude nach fast vollständiger Zerstörung wiederaufgebaut. Dies erfolgte ausdrücklich nicht als Wiederherstellung des Zerstörten, sondern als symbolische Auseinandersetzung mit dem Scheitern der Demokratie 1933 und den Menschheitsverbrechen des Nationalsozialismus. So wurde die Paulskirche zum Zeichen eines nachdenklichen Neuanfangs aus den Ruinen und zum Schauplatz vielfältiger Diskussionen, die das geistige Leben in der Stadt, der Region und in der Bundesrepublik angeregt haben. Damit ist die Paulskirche heute zum Ort einer kritischen Öffentlichkeit geworden. An ihr ist

die lange und wechselvolle Geschichte der Demokratie erfahrbar. Sie ist kein abgeschlossener Prozess, sondern ein in die Zukunft weisendes Projekt, welches Partizipation und Engagement benötigt. Dies ist die Botschaft der Paulskirche.“ (Quelle: Empfehlung Expert:innenkommission, 2023)

B. Alternativen

- keine -

C. Lösung

Zu 3)

Bei zahlreichen Gelegenheiten haben die Stadt Frankfurt, das Land Hessen und die Bundesrepublik Deutschland sich dazu bekannt, bei der Sanierung und Erneuerung der Paulskirche sowie der Gründung eines „Hauses der Demokratie“ zusammenzuwirken. Der Demokratieort Paulskirche ist sowohl von zentraler Bedeutung für die gesamtdeutsche als auch europäische Demokratiegeschichte und soll danach zu einem lebendigen, zeitgenössischen Demokratiezentrum ausgebaut werden. Die Expert:innenkommission Paulskirche „empfiehlt die Gründung einer öffentlich-rechtlichen Stiftung, die von der Stadt Frankfurt am Main, dem Land Hessen sowie der Bundesrepublik Deutschland getragen wird und ihren Sitz in Frankfurt haben soll. Diese Stiftung verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke.“ (Quelle: Empfehlung Expert:innenkommission, 2023) Eine maßgeschneiderte Trägerschaft und Rechtsform gilt es in Kooperation mit Bund und Land Hessen zu entwickeln.

Zu 4)

Für die Erstellung inhaltlicher Konzepte und den zukünftigen Betrieb des „Hauses der Demokratie“ ist ein von der Tagespolitik unabhängiges Arbeiten zu gewährleisten. Daher gilt es zeitnah einen unabhängigen wissenschaftlichen Fachbeirat sowie ein Kuratorium zu etablieren. Mit dem Fachbeirat und dem Kuratorium stehen dem im Aufbau begriffenen „Haus der Demokratie“ zwei Gremien beratend zur Seite, die die wissenschaftlichen Leistungen und deren Vermittlung aus einem externen Blickwinkel heraus betrachten und bewerten können.

Während der Fachbeirat, bestehend aus Wissenschaftler:innen, die wissenschaftliche Leistung bewertet, fördert das u.a. mit Vertreter:innen aus Politik und Kultur besetzte Kuratorium die Sichtbarkeit und die Vernetzung des Hauses der Demokratie.

Zu 5)

Das Nutzungskonzept und Raumprogramm wurde auf Grundlage der Empfehlung der Expert:innenkommission, der Konzeptstudie der Hessischen Friedens- und Konfliktforschung (HSFK) sowie eines gemeinsamen Entwurfs der städtischen Institutionen Historisches Museum Frankfurt, Deutsches Architekturmuseum, Jüdisches Museum und Institut für Stadtgeschichte validiert und dient der Wettbewerbsauslobung als Ausgangspunkt. Die Benennung der Nutzungen orientiert sich an der Empfehlung der Expert:innenkommission.

- Ausstellungsräume
 - Historische Präsentation – Nationalversammlung 1848, Paulskirchenverfassung: ca. 500 m²
 - Historische Präsentation – Architekturgeschichte Paulskirche, Johannes Grützke, Debatten nach 1948: 670 m² (in der Wandelhalle der Paulskirche)
 - Flexibel nutzbare Programmflächen, Wechsel- und Sonderausstellungen: ca. 500 m²
- Labor (Arbeitsräume für demokratische Praxis): ca. 300 m²
- Infrastruktur und Verkehrsflächen: ca. 800-900 m²
- Veranstaltungen und Workshops: ca. 500-600 m²
- Bibliothek und Aufenthaltsräume: ca. 300-400 m²
- Nebenräume Nutzung Paulskirche und „Haus der Demokratie“: ca. 1.200-1.300 m²
- Verwaltung / Büros: ca. 500 m² (Flächen müssen nicht im Gebäude des „Hauses der Demokratie“ vorgehalten werden, sondern können auch in anderen Gebäuden nachgewiesen werden)

Gesamt

ca. 5.500 m²

Zu 6)

Im Sinne der Nachhaltigkeit und der Belebung der Innenstadt ist es sinnvoll, die „Umbaukultur“ zu fördern und darüber hinaus vorhandene bauliche Infrastrukturen und Räume einzubeziehen. Dieses Ziel wird insbesondere durch die Bundesstiftung Baukultur gefördert und ist Teil des „Neuen Bauens“ der Stadt Frankfurt. Die einzelnen Bausteine dieser nachhaltigen Konzeption sind:

- Umbau, Umnutzung und Vitalisierung bestehender städtischer Gebäude, hier insbesondere des Gebäudes Paulsplatz 9 (Kämmerei)
- Mit-Nutzung bestehender Infrastrukturen, wie z.B. der Veranstaltungsräume im nahen Umfeld
- Prüfung der ergänzenden Nutzung leer stehender Erdgeschosszonen (z.B. Sandgasse)
- Aufwertung und verbesserte stadträumliche Einbindung bestehender Freiräume und Plätze
- Besonderes Augenmerk auf die sogenannte „Planungsphase 0“ im Vorfeld der eigentlichen Vorplanung und Realisierung

Zu 7)

Aus dem Bericht des Magistrats vom 18.12.2023, B 468, folgt der Prüfauftrag, einer städtebaulichen Standortstudie unter Einbeziehung der Umgebung der Paulskirche sowie der umliegenden Gebäude, untergenutzter Räume und Freiräume sowie unter Mitnutzung vorhandener Strukturen und Angebote.

Über einen Belegungsplan könnten die vorhandenen und nur temporär genutzten Säle für das Konzept des „Hauses der Demokratie“ als Debattierräume, Veranstaltungs- und Filmsäle usw. nutzbar gemacht werden.

Auch wenig genutzte Gebäude und Räumlichkeiten in der Umgebung sind zu untersuchen, in wie weit Büros und andere Räume mit dienender Funktion hier unterzubringen sind.

Dies würde im Sinne der Nachhaltigkeit und der Freiräume den Platzbedarf des Neubaus reduzieren. Darüber hinaus kann das „Haus der Demokratie“ mit seinen Veranstaltungen und Gedanken in die Stadtgesellschaft hineinragen und zu einer engeren Zusammenarbeit der Institutionen vor Ort führen. Diese Synergieeffekte werden auch von den Empfehlungen der Expert:innenkommission sowie in der Konzeptstudie der HSKF ausdrücklich gefordert.

Zu 8)

Um einen lebendigen Demokratieort zu gestalten, ist die Beteiligung von Bürger:innen an dem Entstehungsprozess unerlässlich. Wie in der Konzeptstudie der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK) dargestellt, sind insbesondere die Zielgruppen Menschen mit Migrationshintergrund, Frauen, LGBTIQ*-Personen, Kinder und Jugendliche, Tourist:innen und Besucher:innen zu beteiligen.

Bereits innerhalb des Planungsprozesses sollen Bürger:innen und Initiativen beteiligt werden, um das „Haus der Demokratie“ in seiner Funktionalität und seinen Raumbezügen der späteren Nutzung entsprechend zu gestalten.

In Vorbereitung auf den Betrieb ist es von Bedeutung, dass sich unter Beteiligung der relevanten Zielgruppen und Expert:innen mit den grundlegenden Inhalten des „Hauses der Demokratie“ befasst wird. Dabei ist zu berücksichtigen, dass es sich um ein Projekt des Bundes, des Landes Hessen und der Stadt Frankfurt handelt.

Zu 11)

Das Teilnehmer:innenfeld wird weit gefasst, um einen Wettbewerb mit einer großen Vielfalt an Ideen zu erzeugen. Das Preisgericht wird sich gemäß der anzuwendenden Richtlinie für Planungswettbewerbe aus Fachpreisrichter:innen aus der Architektur, Stadt- und Landschaftsplanung und Sachpreisrichter:innen aus dem Frankfurter Magistrat sowie Bund, Land und Initiativen zusammensetzen. Daneben wird ein breites Feld von Sachverständigen hinzugezogen, zu denen auch sachkundige Bürger:innen und Politiker:innen gehören werden. Die Ergebnisse werden durch die Vorprüfung nach Lösungsvorschlägen sortiert und in einer über mehrere Wochen andauernden Ausstellung sowie online vorgestellt.

Zu 12)

Bei einem informatorischen Austausch zum Projekt Entwicklung Paulskirche / Haus der Demokratie Anfang Januar 2024 im Römer war sich der Magistrat mit der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien und dem Land Hessen einig, den politischen Beschlussgremien eine Drittelung der Kosten vorzuschlagen.

D. Kosten

1. Investitionsbedarf:

Der Magistrat geht davon aus, dass für die Durchführung des Ideenwettbewerbs und der Bürger:innenbeteiligung Kosten in Höhe von 500 T€ anfallen werden. Die vorne genannten Mittel sind zum Endausdruck des Haushalts 2024/2025 im Planjahr 2024 in der Produktgruppe 30.01 „Leitung der Stadtverwaltung“, Gruppierung 60, 61, 67-69 „Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen“ einzustellen.

Weitere Kosten für die Errichtung eines Haus der Demokratie ergeben sich aus den Ergebnissen der Wettbewerbe und sind gesondert zu beordnen.

2. Finanzierungsbedarfszeitraum in Jahresraten:

Vorläufig:

2024:	500 T€
Ab 2025:	500 T€ Planungsmittel

3. Zugehörige Folgeinvestitionen unter Angabe des Umfangs und Zeitraums:

Siehe Ausführungen zu 1.

4. Jahresfolgekosten

keine

gez.: Dr. Eskandari-Grünberg

begl.: Mitschke